

FAZ 12.12.68

# Eine „gültige wissenschaftliche Leistung“

Revolutionäre Arbeit zur Umorganisation des Soziologiestudiums in Frankfurt / Augenzwinkernde Solidarität der Professoren / Von Rüdiger Moniac

FRANKFURT, 11. Dezember  
Seit Montag hat nicht nur die Freie Universität Berlin ihre rote Fahne, Frankfurt steht nicht nach. Das Soziologische Seminar der Professoren Adorno, von Friedeburg und Habermas in der Myliusstraße im vornehmen Westend ist grell drapiert. Der Herzschlag der Universität ist für die Adepten der „Frankfurter Schule“ nicht links genug.

Bis zum Dienstagabend waren die Professoren nicht eins mit der vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) getragenen Bewegung. Zu diesem Zeitpunkt hielt eine Vollversammlung des Soziologischen Seminars mit etwa achthundert Studenten den Professoren auf einem Flugblatt einen „Negativkatalog“ vor, worin den Ordinarien „für die erste Phase der Neuorganisation des soziologischen Studiums, der Erarbeitung neuer Lehr- und Forschungsstrategien und bis zum Abschluß einer neuen Satzung für das Soziologische Seminar“ drei Forderungen entgegengehalten wurden: erstens sollen sie dafür eintreten, daß das Wintersemester als Studiensemester anerkannt bleibt, weil nach Meinung des „Streikkomitees“ die Arbeit zur Umorganisation des Soziologiestudiums eine „gültige wissenschaftliche Leistung“ darstellt.

Zweitens sollen die Ordinarien „personelle Entscheidungen über vakant gewordene Lehrstühle und die Einstellung weiterer Angestellter und Mitarbeiter vorerst“ aufschieben und mit keinen neuen Forschungsvorhaben beginnen. Und weiter diktiert das „Streikkomitee“ den Ordinarien in die Feder: „Dadurch soll auch von unserer Seite klar zum Ausdruck gebracht werden, daß in einem künftigen satzungsgemäß neuorganisierten Seminar über alle sachlichen und finanziellen Mittel, die für die soziologische Forschung und Lehre notwendig werden, von einem Gremium entschieden werden muß, das nicht von den wissenschaftlichen Angestellten und vertraglicher Mitarbeiter und uns Lehrstuhlinhabern majorisiert werden kann.“ Schließlich fordert das Komitee und offensichtlich die Mehrheit des Frankfurter SDS, daß Studenten selbst

Lehr- und Forschungsvorhaben durchführen können und dafür mindestens dreiflig Prozent der im Seminarhaushalt verfügbaren Mittel erhalten.

Die Motive hinter solchen Forderungen haben am Dienstagabend auf der Vollversammlung die SDS-Oberen Krahl und Cohn-Bendit einem teilweise skeptischen Auditorium erläutert. Mit der Hand am Geldtopf will sich der SDS eine Heimstatt für Zeiten eigener revolutionärer Impetenz verschaffen, ein Refugium der Ruhe, wo er sich für neue revolutionäre Vorstöße in die Front des „Establishments“ vorbereiten kann. Darüber hinaus soll das neue Seminar-Modell der Soziologen fortwirken über seine eigenen Grenzen hinaus, die Studenten in anderen Disziplinen zur Nachahmung reizen und so seine „revolutionäre Funktion“ erfüllen.

Daß Teile der Soziologiestudenten gemeinsam mit dem SDS sich jetzt an der Spitze des Stoßkeils finden, ist im Grunde dem hessischen Kultusminister Schütte zu verdanken. Seine Entscheidung, das Studium der Pädagogen in Grund-, Haupt- und Realschule unter Einschränkung der „Grundwissenschaften“ Politik und Soziologie auf sechs Semester aufzulockern, hat an der Abteilung für Erziehungswissenschaften (AfE) der Frankfurter Universität heftige Unruhe unter Studenten und auch Professoren ausgelöst. Böse Worte machten die Runde, wie die Universität werde zur „Studentenfabrik“, von einer „technokratischen Studienreform“ begünstigt, werde die Hochschule gänzlich unter das Joch der Gesellschaft gepreßt, deren Anspruch es sei, in ausreichender Zahl Nachwuchskräfte für den „wirtschaftlichen Produktionsprozeß“ zu erhalten.

Zwar ist die AfE noch keine Fakultät der Universität, sie wird es, so hofft man angesichts eines neuen in Vorbereitung befindlichen Hochschulgesetzes, auch nie werden. Im Entwurf treten an die Stelle der Fakultäten Fachbereiche, für deren Gliederung gegenwärtig unter der Frankfurter Professorenschaft Vorschläge und Gegenvorschläge zirkulieren. Doch fürchten die Fakultäten, die später in Fachbereichen interdisziplinäre Bindungen mit der heutigen AfE eingehen werden, daß dann auch die „technokratische Studienreform“ des Kultusministers auf ihren Lehr- und Forschungsbetrieb übergreifen könnte. Diese Ungewißheit hat die Studenten auch der anderen Disziplin innerhalb der Philosophischen Fakultät zum Boykott des Vorlesungsbetriebes gebracht. So registriert die akademische Pressestelle der Universität schon seit Tagen „ruhenden Vorlesungsbetrieb“. Wenn noch irgendwo in der Fakultät und der AfE Lehrveranstaltungen in den üblichen Bahnen vorstatten gingen, dann sei das, so wurde von dort erklärt, so geringfügig, daß es kaum möglich sei, das festzustellen. Am breiten Ende des Keils versammeln sich also Anglisten, Germanisten, Philosophen, Slawisten, Romanisten und Historiker. Statt die Vorlesungen der Professoren zu besuchen, bilden sie „Projektgruppen“, diskutieren dort die Ansätze einer Wissenschaftskritik und suchen zu einem neuen Verständnis ihres Studiums zu kommen. Soweit zu sehen, stoßen sie dabei kaum auf den Widerstand ihrer Ordinarien, so daß immer deutlicher wird, wie breit die Front auch unter der Professorenschaft gegen den Schütte-Plan ist. „Wir sind zu sehen, stoßen sie immer da“, berichtet ein AfE-Professor. Wegen ihres Beamtenstatus sind die Professoren gegenüber „Streikmaßnahmen“ vorsichtig. „Dann beginnen wir die Lehrveranstaltung, hören den Protest eines oder mehrerer Studenten über die Vorlesung in dieser Form, hören, daß man zu diskutieren wünscht, und schließen sie deshalb, weil die Störungen nicht abzuwenden sind.“ Das alles geschehe meist mit einem verstohlenen Augenzwinkern gegenüber den Studenten mit denen man sich über den Ausdruck der Solidarität inzwischen einig sei.

und begrüßen, „daß die vereinzelten Initiativen von studentischen Gruppen für eine didaktische und inhaltliche Neuordnung ihrer Studiengänge Kräfte zu erarbeiten, zum Echo gefunden haben.“ Diese Initiativen sollte, so wünschen die drei Professoren, nicht scheitern. Von dem sogenannten „Negativkatalog“, jedoch rücken drei ganz entschieden ab, weil er in ihrer Meinung „ausschließlich propagandistischen Stellenwert“ hat. Er dementiert jeden Preis, „die zur Selbstzerstörung führen muß“.

Ihre Erklärung wird zur scharfen Aussage an die Praktiken des SDS. Während diese Studentengruppe in Myliusstraße in ihrem „Spartakus-Seminar“ nach recht und schlecht brachter Nacht ihre Forderungen an ausquartierten Professoren durchleuchtet, schreiben wenige Meter weiter die drei mit verheerendem Zorn: „Die Auflagen, mit denen Technokraten des verselbständigten Protests den berechtigten Widerstand der Studenten zu neuen Konfrontationen und vorhersehbaren Niederlagen manövrieren wollen, sind ungerechtfertigt.“

So klar wurde im Verlaufe des Mittwochs auch die Haltung der Professoren Habermas, Adorno und von Friedeburg zur „Besetzung“ des Soziologischen Seminars, das die Studenten in „Spartakus-Seminar“ umbannt hatten. In ihrer Stellungnahme unterstützen sie den Protest „unserer Studenten gegen eine technokratische Hochschulreform“.

„Wir sind zu sehen, stoßen sie immer da“, berichtet ein AfE-Professor. Wegen ihres Beamtenstatus sind die Professoren gegenüber „Streikmaßnahmen“ vorsichtig. „Dann beginnen wir die Lehrveranstaltung, hören den Protest eines oder mehrerer Studenten über die Vorlesung in dieser Form, hören, daß man zu diskutieren wünscht, und schließen sie deshalb, weil die Störungen nicht abzuwenden sind.“ Das alles geschehe meist mit einem verstohlenen Augenzwinkern gegenüber den Studenten mit denen man sich über den Ausdruck der Solidarität inzwischen einig sei.

So klar wurde im Verlaufe des Mittwochs auch die Haltung der Professoren Habermas, Adorno und von Friedeburg zur „Besetzung“ des Soziologischen Seminars, das die Studenten in „Spartakus-Seminar“ umbannt hatten. In ihrer Stellungnahme unterstützen sie den Protest „unserer Studenten gegen eine technokratische Hochschulreform“.

FAZ 12.12.68

# Juristen sehen von Seminarbesetzung vorerst ab

Mißverständnis um Landtagsdebatte / Diskussion über Ziele der Aktionen / Weiter AfE-Boykott

Von einer geplanten Besetzung des Juristischen Seminars durch die Studenten nahm die Juristische Fachschaft am Mittwoch bei ihrem „Teach-in“ Abstand, nachdem verbreitet worden war, daß in Wiesbaden auf einen Dringlichkeitsantrag der CDU mit Unterstützung der FDP ein von den Assistenten und Studenten der Juristischen Fakultät aufgestelltes Memorandum am heutigen Donnerstag behandelt werden sollte. Die Stellungnahme der SPD dazu sollte erst heute vorliegen. Erst nach Abschluß des „Teach-in“ wurde bekannt, daß es sich bei dieser Hoffnung um ein Mißverständnis handelte: Der Haushalt für die Universität sei bereits endgültig verabschiedet, hieß es, und bei dem zitierten Antrag handelte es sich lediglich darum, den Kultusminister zu bitten, vor dem Kulturpolitischen Ausschuß über die Frankfurter Situation an der Juristischen Fakultät zu berichten und von sich aus geeignete Maßnahmen vorzuschlagen.

Hätten sich die Forderungen der Assistenten eindeutig nur auf die Behebung der Raum- und Personalknappheit in den Seminaren und Bibliotheken beschränkt, so wollten die Sprecher der Fachschaft — auch ASTA-Vorsitzender Thomas Hartmann — den Kampf nicht nur für die einmalige Bewilligung von Geldmitteln für diesen Zweck geführt sehen, sondern insgesamt gegen Schüttes Hochschulreform. Als Argument wurde angeführt, daß der Streik nur dann sinnvoll sein könne, wenn begriffen werde, daß „die miserablen Zustände am Seminar“ kein Ausnahmefall, sondern Symptom für „die katastrophale Ausbildungssituation in der Juristischen Fakultät“ seien. Eine Verbesserung des Jura-Studiums, so hieß es, lasse sich nicht durch Besetzung verwaltungstechnischer Mängel herbeiführen, sondern nur dadurch, daß Voraussetzungen geschaffen würden, ein kritisches Studium selbsttätig zu gestalten.

Diesem Thema galt auch die Arbeitskreisbesprechungen im Anschluß an das

„Teach-in“. Professor Dr. Diestelkamp gab in der Diskussion zu erkennen, daß sich auch die Fakultät bereit erkläre würde, alle tragbaren Möglichkeiten der Kampfmaßnahmen zu besprechen. Selbst wenn man zum Kultusministerium nach Wiesbaden marschieren wolle, gäbe es sicher genügend Professoren, die sich an die Spitze eines solchen Zuges begeben würden, vorausgesetzt, daß es sich ausdrücklich darum handele, die Forderungen des Memorandums — insbesondere um weitere Personalstellen in der Verwaltungsarbeit — zu unterstreichen. Die Fakultät sei bereit, zu verhandeln und auch mit den Arbeitsgruppen zu diskutieren, wende sich jedoch gegen eine Ad-hoc-Besetzung des Juristischen Seminars. Am heutigen Donnerstag werden die Diskussionen in einem zweiten „Teach-in“ fortgeführt. Welche Kampfmaßnahmen getroffen werden, ist noch nicht abzusehen.

Auch der Boykott der Vorlesungen bei der Abteilung für Erziehungswissenschaften (AfE) geht weiter. Das beschlossen über 1200 Studenten

bei einem „Teach-in“ am Mittwoch. Konkrete Maßnahmen sollen am heutigen Donnerstag beschlossen werden. Vorgesehen wurde bisher lediglich ein „Teach-in“ am Freitag im Schulhof der Ernst-Reuter-Schule in der Nordweststadt, um in diesem Gesamtschulzentrum Schülern und Lehrern zu demonstrieren, wie die Ausbildung in der AfE erfolge und wie sie sich später auf die Schule auswirken werde. Der Einladung von Schütte, einem kleinen Kreis der AfE-Fachschaft die Möglichkeit zur Diskussion über deren Forderung der Erhöhung der Semesterzahlen zu geben, beantworteten die AfE-Studenten mit der Gegeneinladung, er möge nach Frankfurt kommen und mit ihnen nicht hinter Ministeriumstüren im kleinen Kreis, sondern vor einer Vollversammlung diskutieren. Darauf hätten sie bisher von Schütte keine Antwort erhalten.

Auch die Anglisten befaßten sich am Mittwoch in einer Vollversammlung mit der Weiterführung des Boykotts der normalen Lehrveranstaltungen. Ik